

7861

Anlage 5

Antrag auf Förderung der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung

An den Direktor der **Landwirtschaftskammer** als Landesbeauftragter,
über den Geschäftsführer der Kreisstelle als **Landesbeauftragter** im Kreise

Eingangsstempel

1. Antragstellerin / Antragsteller:

Einreichungsfrist
30.6.200..
HINWEIS:

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die Angaben **vollständig** sind und der Antrag rechtzeitig eingereicht wird. Außerdem müssen sämtliche **Anlagen**, für die die Beihilfen beantragt werden, unterschrieben sein. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt mit Hilfe der EDV.

Telefon	Telefax	Adress-/Unternehmensnummer
Bank, Institut	BLZ	Kontonummer

2. Sitz des Unternehmens (falls nicht Wohnort):

Straße	PLZ, Ort
--------	----------

3. Vertretungsberechtigte / Vertretungsberechtigter
(Im Vertretungsfall bitte Vollmacht beifügen)

Straße	PLZ, Ort
--------	----------

4. Fördermaßnahmen: Ich beantrage die

	bitte ankreuzen	Nur von der Kreisstelle auszufüllen	
		Vollständig	plausibel
A. Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau und bei Dauerkulturen, gemäß Anlage A	D		
- nach 6.1.1 der Richtlinie			
- nach 6.1.2 der Richtlinie			
- nach 6.1.3 der Richtlinie	n		
- nach 6.2 der Richtlinie	n		
Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel			
Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel			
Verzicht auf Herbizide			
Anlage von Schonstreifen			
B. Förderung extensiver Grünlandnutzung, gemäß Anlage B	n		
C. Förderung ökologischer Anbauverfahren, gemäß Anlage C			
D. Förderung der Festmistwirtschaft, gemäß Anlage D			

5. Ich bewirtschafte weitere Betriebe

ja | nein |

Die nachfolgend aufgeführten Verpflichtungen und Erklärungen dieses Antrags erkenne ich an.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Nur von der Kreisstelle auszufüllen!
 Die Sicherprüfung ist erfolgt.
 Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben.

vollständig
J/Nplausibel
J/N

Antrag erfasst

Datum, Unterschrift der Prüferin / des Prüfers

Datum, Unterschrift der Erfasserin / des Erfassers

6. Verpflichtungen der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir **verpflichte(n)** mich / uns,

- 6.1 unabhängig von der beantragten Regelung nach den Anlagen A, B, C oder D die in den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen **für** die Förderung einer markt- und **standortangepassten** Landbewirtschaftung vom; Az: II A 6 - 72.40.32 - genannten Bedingungen einzuhalten, insbesondere die Verpflichtungen für die Dauer von mindestens 5 Jahren,

spätestens beginnend mit dem **1.7.200..** bis zum **30.6.200..**

- 6.1.1 den Umfang des Dauergrünlands im Gesamtbetrieb insgesamt, außer in Fällen des Besitzwechsels, der langjährigen **Stilllegung** oder der Erstaufforstung derselben, nicht zu verringern,
- 6.1.2 jede Änderung, insbesondere jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten sowie jede Änderung des **Umfangs** der geförderten Flächen oder des Viehbesatzes während des Verpflichtungszeitraumes mit dem Antrag auf Auszahlung und bei Flächenänderungen mit dem Änderungsantrag der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen,
- 6.1.3 die sich auf die Zuwendungen beziehenden Unterlagen für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren. Die Aufbewahrungsverpflichtung beginnt mit Beginn des Verpflichtungszeitraumes.

7. Erklärungen der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir **erkläre(n)**, dass

- 7.1 ich / wir den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst **bewirtschafte(n)** und dass meine beantragten Flächen im Land **Nordrhein-Westfalen liegen**,

- 7.2 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

Mir / uns ist bekannt ist, dass

- 7.3 sofern während des Verpflichtungszeitraumes Flächen oder Teile davon, für die die Zuwendung gewährt wird, auf andere Personen über- oder **an meine(n) / unsere(n) Verpächter** / in zurückgehen, die für diese **Flächen** erhaltene Zuwendung außer in Fällen höherer Gewalt vollständig zurückzuzahlen ist, wenn der / die **Übernehmer(in)** die eingegangenen Verpflichtungen nicht übernimmt / übernehmen,

- 7.4 die Bestimmungen unter Punkt 7.3 keine Anwendung finden, wenn

- 7.4.1 die Verpflichtungen bereits drei Jahre erfüllt wurden, die landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben wird und sich die Übernahme der Verpflichtungen durch eine(n) **Nachfolger(in)** als nicht durchführbar erweist,

- 7.4.2 die Fläche, **für die** Beihilfe gewährt **wird**, während des gesamten Verpflichtungszeitraums um weniger als 5 v.H. verringert wird,

- 7.4.3 Flächen infolge **von** Enteignung und Zwangsversteigerung auf andere Personen übergehen,

- 7.4.4 Flächen infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz durch wertgleiche Flächen ersetzt werden, auf denen der/die Zuwendungsempfänger(in) die Maßnahmen **fortsetzt**,

- 7.5 sich in Fällen nach den Nummern 7.3 und 7.4 die Zuwendung für die Restlaufzeit entsprechend dem Umfang der ausscheidenden Fläche verringert,

- 7.6 ich / wir bei einer Förderung nach Anlage A bis C für Flächen, die im Rahmen einer gemeinschaftsrechtlichen Regelung stillgelegt sind, keine Zuwendungen im Rahmen dieser Richtlinien **erhalte(n)**,

- 7.7 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Beihilfe abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (**Landessubventionsgesetz**) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 73) sind,

- 7.8 falsche Angaben **und / oder** die Nichteinhaltung der Verpflichtungen Erstattungsansprüche und Sanktionen gemäß Nr. **18.14** der Richtlinien **auslösen**,

7861**Anlage 5**

- 7.9 der Erstattungsanspruch mit 3 v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 1 EuroEG NW jährlich zu verzinsen ist,
- 7.10 die Bewilligung der Beihilfe nach festgesetzten Prioritäten vorgenommen werden kann,
- 7.11 sich der Verpflichtungs- und Bewilligungszeitraum nach Ablauf am **30.6.2000**, um weitere 5 Jahre verlängert, sofern ich / wir nicht bis 3 Monate vor Ablauf des laufenden Verpflichtungszeitraums die Verlängerung durch schriftliche Erklärung ausschließe/n (Eingang bei der Behörde spätestens **31.3.2000**) oder die Bewilligungsbehörde die Verlängerung widerruft,
- 7.12 sich die EU mit Mitteln des **EAGFL**, Abteilung Garantie, bis zu maximal 50 v.H. der **föderfähigen** Höchstbeträge an der Maßnahme beteiligt,
- 7.13 für alle Zahlungen ab dem **1.1.2002** die in den Richtlinien genannten **Euro-Beträge** gelten.

8. Einverständnis der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir bin / sind damit einverstanden, dass

- 8.1 die Angaben im und zum Antrag an die für die Förderung von **Agrar-Umweltmaßnahmen** gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 oder der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 in Nordrhein-Westfalen zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EG übermittelt werden können - ich bin darüber belehrt worden, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des **Verwaltungsverfahrensgesetzes** des Landes NRW (SGV. NW. 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung dient, und eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem **Antragsvordruck** enthalten sind -,
- 8.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Beihilfe erforderlich sind, angefordert werden können,
- 8.3 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes nach dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsysteem zur Entscheidung über den Antrag in allen geeigneten Fällen bezieht,
- 8.4 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass ich / wir oder mein / unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Wirtschaftsgebäude bezeichnen und es auf oder in diese begleiten, ihnen das **Betreuungsrecht**, das Recht auf die Entnahme von Aufwuchs- und Bodenproben sowie ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfevoraussetzungen notwendigen betrieblichen Unterlagen einräumen muss / müssen,
- 8.5 die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und ich / wir über die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen **Widerrufbarkeit** belehrt worden bin / sind.
9. Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung einer markt- und **standortangepassten** Landwirtschaft in **gültiger** Fassung sind mir bekannt.